

Der Gewerkeverein

Centralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Die jährliche Abonnementgebühr durch die Post bezogen und abhaken vom Postamt 0,66 Mk.; bei jeder Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pfg. mehr. Die Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom **Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine** (Hirsch-Wander). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 25 Pf.; Familienamt, 15 Pf.; Vereinsamt, 10 Pf.; Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223. Schriftführer: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 28. Berlin, Mittwoch, 10. April 1907. Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein Mittel zum friedlichen Ausgleich — Der schwedische Arbeiterbund. — Zum Verbandszuge. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereine-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Ein Mittel zum friedlichen Ausgleich.

Am 20. März beantragte der Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustriellen bei seinem Verbandsauschuß, es möge ein Beschluß darüber gefaßt werden, wie seitens der fabrikmäßigen Betriebe mit den Arbeitern zu verhandeln sei, wobei er es als eine unumgängliche Notwendigkeit bezeichnete, daß eine für die Arbeiter annehmbare Form in Sachen der Bildung der beiderseitigen Verhandlungskommissionen gefunden werde. Dem Antrage ging eine längere Zeit in Anspruch genommene Arbeit für einen Vorschlag voraus, durch dessen Anwendung der Arbeitsfrieden gefördert werden soll. Das Resultat dieser Arbeit wird folgender, dem Verbandsauschuß unterbreiteter Antrag:

- a) Arbeitsschlichter, welche im Auftrage sind, oder in den Ausnahmefällen, wenn sie zu verhandeln gewillt sind, anzuschließen, aus ihrer Mitte eine Kommission zu ernennen, welche den Auftrag erhält, mit einer Kommission der betreffenden Arbeitgeber zu verhandeln. Die Stärke der Kommission soll 7 Personen von jeder Seite in der Regel nicht überschreiten.
- b) Wo frei gewählte Kommissionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhandeln, sollte nicht mehr als ein Vertreter auf jeder Seite hinzugezogen werden dürfen.
- c) Auf keinen Fall soll der einzelne Arbeitgeber mit der Organisation der Arbeitnehmer verhandeln. Auch die Verhandlungen von Organisationen zu Organisationen sind zu vermeiden, damit die in a) vorgeschlagene Verhandlungsform zu allgemeiner Einführung gelangen kann.
- d) Bei etwaiger Gesamtansperrung hätten die den bereits in Tätigkeit gewesen Verhandlungskommissionen angehörigen Arbeitnehmer eine Kommission von 7 Personen zu ernennen, welche mit einer aus dem Gesamtverbande zu wählenden Kommission von 7 Personen zu verhandeln hätte. Die der Kommission angehörigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer brauchen an dem Streite, welcher zur Gesamtansperrung geführt hat, nicht sämtlich direkt beteiligt gewesen zu sein.
- e) Wenn unter Mitwirkung Dritter Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen werden, so ist die Formulierung der Vereinbarungen nicht dem Dritten zu überlassen.

Der Auschuß hat diese Vorschläge einstimmig angenommen. Wenn die Arbeiterschaft sich bereit erklärt, auf das Anerbieten des Gesamtverbandes einzugehen, so meint die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, dann würden die Streitigkeiten über die Form der Verhandlungen für immer beseitigt sein. Die Arbeiterorganisationen vertreten den Standpunkt, daß bei Arbeitsdifferenzen mit den Vertretern der beteiligten Organisationen verhandelt wird. Der Gesamtverband deutscher Metallindustriellen hat aber dieses Verlangen in jedem Falle abgelehnt. Die Arbeitgeber-Zeitung glaubt, die Ablehnung sei aus der praktischen Erwägung heraus erfolgt, daß die deutschen Arbeiter doch nur zum Teil organisiert und die organisierten wiederum verschiedenen Organisationen angehören. Diese Vielfältigkeit müsse es so gut wie unmöglich machen, eine einheit-

liche Regelung in Sachen der Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen aufzustellen.

Das Wesen des Vorschlages besteht nun darin, daß für den friedlichen Ausgleich aus beiden Lagern Kommissionen gewählt werden und jede der beiden Kommissionen berechtigt sein soll, einen Vertreter hinzuzuziehen.

Das genannte Unternehmerblatt denkt sich die Sache so:

„Die Mitglieder des Gesamtverbandes werden hinfür in seine Verhandlung ohne Hinzuziehung eines ihrer Geschäftsführer eintreten, weil es sich herausgestellt hat, daß die Arbeitgeber in den einschlägigen Gesezesbestimmungen nicht beratend benannt sind, um ohne sachmännischen Beistand mit den Arbeitern verhandeln zu können. Schon aus praktischen Rücksichten erscheint es angeht dessen geboten, auch der Gegenseite eine sachmännische Beratung zuzugestehen. Dieses Zugeständnis ist als ein wesentlicher Schritt zu begrüßen, weil gerade die Frage der Zulassung eines Beraters verlaßt den Kernpunkt der Arbeitskämpfe bildet. Als beratende Berater werden natürlich durchweg die Arbeitsschlichter und sonstigen Gewerkschaftsbeamten figurieren. Hierüber dürfte sich der Gesamtverband wohl kaum einer Täuschung hingeben. Wenn er sich mit dieser Tatsache trotzdem abgefunden hat, so wird das darauf zurückzuführen sein, daß er den beiderseitigen Beratern eine einwandfreie, legitime Position beizumessen will. Die Berater wählen ihres Amtes nicht nur als Vertreter ihrer Organisation, sondern auch als Vertrauensmänner der beiderseitigen frei gewählten Kommissionen; und da nicht eine bestimmte Art von Organisation ein für allemal als zuständige Verhandlungsinstitution festgelegt wird, sondern den jeweilig frei gewählten Kommissionen das Recht zusteht, zu ihrem Sachwalter den Vertreter gerade der Organisation zu wählen, die ihnen paßt, so wird auf der Seite der Arbeiter das eine Mal ein Beamter der freien Gewerkschaften und das andere Mal ein solcher der christlichen oder kirchlich-judischen Verbände erscheinen, je nachdem die betreffende Kommission in ihrer Majorsität bei einem oder der anderen Organisation zugehört.“

Die beschriebene Verhandlungsform dürfte unserer Vermutung nach vorzugsweise den Verfall der schwächeren, d. h. also der auf nationalem Boden stehenden Arbeiterorganisationen finden, weil diesen daraus die Möglichkeit erwächst, ihrerseits hinfür mehr Geltung zu erlangen, als es bisher gemeinhin der Fall war; denn sie werden eben in der Lage sein, bei der Auswahl der Berater mit den stärksten Organisationen zu alternieren.

Wir hoffen indessen, daß auch die anderen Gewerkschaften, sowie vor allem die breitere Öffentlichkeit in dem Vorgehen des Gesamtverbandes den ersten Willen erkennen werden, einen Weg zu finden, den zu betreten für beide Parteien möglich ist, da er ihnen berechtigten Interessen Rechnung trägt.

Ohne der Entscheidung unseres Generalrats der Maschinenbau- und Metallarbeiter vorzugreifen, möchten wir der Meinung Ausdruck geben, daß der Vorschlag einen brauchbaren Weg zeigt, auf dem der gestörte oder bedrohte Friede jeweils wieder hergestellt werden kann. Dieser Weg schließt nicht aus, daß es zur Verständigung über allgemeine Fragen, auch zu Verhandlungen von Organisationen zu Organisationen kommen kann. Die Kommissionen haben den Zweck, im speziellen Falle möglichst rasch zum Frieden zu kommen. Das ist für beide Teile und auch für die Organisationen gut.

Für den Vorschlag bei allen Arbeiterorganisationen Zustimmung — wir möchten es

wohl annehmen — und bedauert er sich auch in der praktischen Probe, dann findet er sicherlich Nachahmung in den anderen Industrien. Vielleicht bequemen sich dann auch die bisher so unnahbaren Bergherren dazu, mit einer solchen „Eidgenossenschaftskommission“ zu verhandeln.

Ob diese Verhandlungsform vorzugsweise den schwächeren Arbeiterorganisationen zugute kommt, wollen wir zunächst dahingestellt sein lassen.

Wären die Deutschen Arbeitergewerkschaften klug und geistig stark genug, alle partei- und kirchenpolitische Bevormundung von sich abzusütteln, dann könnte es gar bald zu einer einheitlichen mächtigen Deutschen Arbeiter-Union kommen, die der Arbeiterfrage so dringend zu wünschen wäre. Leider wird diese Idee erst zu verwirklichen sein, wenn die Sozialdemokratie vollkommen ausgespielt hat. Der Anfang ist gemacht. Hoffentlich hilft auch der vorstehend erörterte Vorschlag mit, diesen Entwicklungsgang zu beschleunigen. Alle wahrhaft ersten friedlichen Bestrebungen wirken dem Dogma des Klassenkampfes entgegen!

Und was die Hauptsache ist: Der Vorschlag des Unternehmer-Verbandes erkennt die bürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiter an. Auf dieser Grundlage läßt sich weiterbauen!

K. G.

Der schwedische Arbeiterbund.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung in Schweden hat durch ihr intolerantes Verhalten andersdenkenden Arbeitern gegenüber die nichtsozialdemokratischen Arbeiter von sich abgetrieben und diesen Veranlassung gegeben, eine besondere Arbeiterorganisation, den schwedischen Arbeiterbund, zu gründen. Die Tendenz dieses Bundes ist prinzipiell dieselbe, wie bei unseren Deutschen Gewerkschaften. Man will, völlig unabhängig von jeder Partei- und kirchenpolitisch, auf neutraler Grundlage die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Streitkräfte der sozialdemokratischen Verbände wird in weiten Kreisen der schwedischen Arbeiterschaft verurteilt, weil man auch hier oft um kleinlicher Ursachen willen Streiks hervorruft, die im Interesse der Arbeiter besser vermieden würden.

Der schwedische Arbeiterbund wurde begründet auf einem Kongress in Stockholm am 3. und 4. November 1899. Die Hauptursache dieser Gründung lag in dem Zusammenwirken der alten Fachvereine mit der sozialdemokratischen Partei. Eine Anzahl Fachvereine machten es den Mitgliedern zur direkten Pflicht, gleichzeitig auch der sozialdemokratischen Parteiorganisation als Ritualied anzugehören. Diese Verquickung von Parteipolitik und Berufsvereinnigung hat die bis dahin einheitliche schwedische Arbeiterschaft auseinander getrieben, indem sie die nichtsozialdemokratischen Arbeiter zwang, eine eigene Organisation auf freier und unabhängiger Grundlage zu schaffen. Die Sozialdemokratie ist also auch hier die Ursache der Zersplitterung der Arbeiter gewesen. In Schweden hat sich die Wahrheit des von deutschen Gewerkschaften mehrfach ausgesprochenen Satzes erwiesen, daß nämlich die Gründung neutraler Gewerkschaften unter den heutigen Verhältnissen unbedingt nötig wäre, wenn diese Gewerkschaften nicht schon beständen. Deutschland hat diese Gewerkschaften fast solange, wie es eine sozialdemokratische Parteiorganisation gibt. Beide sind fast zu gleicher Zeit und nebeneinander entstanden, während der schwedische Arbeiterbund erst aus der Zutersagung der Sozialdemokratie geboren wurde. Aber auch in Deutschland wäre die Arbeiterbewegung eine einheitliche gewesen, wenn diese Einheit nicht durch die Sozialdemokratie gestört worden wäre. In Schweden hätte man die

dahin keine neutralen Gewerksvereine, die Notwendigkeit ihrer Gründung hat sich aus dem Verhalten der Sozialdemokratie ergeben und so entstand der schwedische Arbeiterbund mit dem Zweck, Männer und Frauen verschiedener Gewerbe zusammenzuschließen, um ihre ökonomische, soziale und intellektuelle Stellung zu heben.

Sozialdemokratische Parteitagatoren erklärten bei Gründung des Bundes, daß derselbe unter Mitwirkung und Mithilfe von Arbeitgebern zustande gekommen sei und daß diese Arbeitgeber stets ihren Einfluß auf die Leitung und das Wesen des Bundes ausüben würden. Diese Behauptungen der Parteitagatoren sind un wahr, der Bund ist nur von wirklichen Arbeitern gegründet worden und wird auch nur von Arbeitern geleitet. Ebenso werden nur Arbeiter als Mitglieder aufgenommen.

Es spielen sich hier dieselben Dinge ab wie in Deutschland; die Sozialdemokratie ist sich eben überall gleich, was ihr nicht paßt, wird mit bewußten Unwahrheiten bekämpft.

In der Osterwoche dieses Jahres hielt der schwedische Arbeiterbund seinen 4. Kongreß in Stockholm ab. Auf die ergangene Einladung hin, hat der Vorsitzende des Zentralrats der Deutschen Gewerksvereine, Kollege G. Hartmann, als Gast dem Kongreß beigewohnt. In der Begrüßungsansprache des Generalsekretärs J. Nilsson brachte derselbe den Wunsch zum Ausdruck, daß es gelingen möge, die nichtsozialdemokratischen Arbeiter aller Länder zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen.

Dem auf dem Kongreß zum Vortrag gebrachten Tätigkeitsbericht entnehmen wir, daß der Bund 19 Kämpfe in einem Jahr um die Aufrechterhaltung des Koalitionsrechts führen mußte. In 75 Fällen wurden Lohnbewegungen mit Erfolg für die Arbeiter durchgeführt. An Streikunterstützung wurden in der Berichtsperiode 44 792 Kronen, gleich 50 167 Mk. ausbezahlt, bei einer Gesamtmitgliedszahl von rund 10000 Mann. Für den Agitationsfonds bezw. für Geldanammlung zum Bau eines Vereinshauses, wurden 37 000 Kronen zurückgelegt. An Ertragsbeiträgen für Streikunterstützung wurden pro Mitglied 21 Kronen, gleich 23,52 Mk. aufgebracht. Diese Zahlen beweisen, daß der schwedische Arbeiterbund keine „gelbe Gewerkschaft“ ist, wie die Sozialdemokraten behaupten, denn sonst könnte der Bund keine Lohnkämpfe führen und keine Streikunterstützung zahlen. Die Sozialdemokratie bezeichnet aber in ihrer Verärgerung alles als „gelbe Gewerkschaft“, was nicht in ihrem Jahrwasser liegt. Eine sozialdemokratische Zeitung in Göteborg zieht aus der Anwesenheit unseres Zentralratsvorsitzenden Hartmann auf dem Kongreß, den Schluß, daß nun eine internationale Vereinigung der gelben Gewerkschaften entstehen würde. Die Deutschen sind eben nicht mehr intransigente, objektiv zu urteilen, wir vergehen ihnen, denn sie wiffen in ihrer Verblendung nicht mehr, welchen Blödsinn sie zum Besten geben sollen.

Der Mindestsatz für Streikunterstützung beträgt im schwedischen Arbeiterbund 11 Kronen = 12,32 Mk. wöchentlich und für jedes Kind 50 Cere. Für Arbeitslosigkeit besteht eine Unterstützung für die Eisen- und Metallarbeiter, auch für andere Fabrikarbeiter, aber nicht für Saisonarbeiter. An Beiträgen sind monatlich 1 Krone 10 Cere zu zahlen, das macht pro Woche ca. 30 Pfg.

Der Bund war bisher in 6 Agitationsdistrikten eingeteilt; jetzt hat der Kongreß beschlossen, für Stockholm und Umgegend einen neuen Agitationsdistrikt, den 7., zu bilden.

Um den in Schweden verbreiteten übermäßigen Genuß von Spirituosen entgegenzuwirken, empfahl der Kongreß den Mitgliedern ein entsprechendes Verhalten auf den Arbeitsplätzen und im öffentlichen Leben.

Von Bedeutung ist ein Beschluß, wonach Mitglieder des Bundes, die an einem vom Bundesvorstand genehmigten Streik beteiligt sind, der aber wegen seiner längeren Dauer keine Aussicht auf Erfolg mehr bietet, den Streikort verlassen müssen, sobald ihnen andere lohnende Arbeit an einem anderen Ort nachgewiesen wird. Die hierdurch entstehenden Reisekosten trägt die Bundeskasse.

Am Abend des zweiten Kongreßtages fand eine große öffentliche Versammlung statt, in welcher unser Kollege Hartmann einen Vortrag hielt über die Entwicklung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Der Vortrag wurde sofort laute Weise von Herrn Redakteur Dahlborg-Stockholm ins Schwedische überetzt und fand großen Beifall. Weisfisch wurde der Redner durch Beifallsbekundungen während des Vortrags unterbrochen.

Der Kongreß selbst beschäftigte sich hauptsächlich mit Fragen des inneren Ausbaues der Organisation. Die Zahl der angestellten Beamten zur allgemeinen Agitation wurde von zwei auf fünf vermehrt.

Die Frage des Generalstreiks, die von den sozialdemokratischen Organisationen jetzt in Schweden propagiert wird, führte zu einer längeren Debatte, an deren Schluß folgende Resolution kanonisierte:

„Da ein eventueller Generalstreik eine Anzahl von Lohn- und Arbeitsverträgen bricht, die mit einzelnen Arbeitgebern oder Arbeitgeberorganisationen von dem schwedischen Arbeiterbunde abgeschlossen worden sind, spricht der Kongreß die Meinung aus, daß alle Mitglieder, die durch den Bund Verträge abgeschlossen haben, verpflichtet sind, diese Verträge einzuhalten, sofern nicht besondere Verhältnisse eintreten, durch welche ein Vertrag aufgehoben wird. Diese Mitglieder sollen daher die Teilnahme an einem eventuellen Generalstreik verneinen. Jene Mitglieder, die nicht unter Verträgen mit den Arbeitgebern stehen, sollen nach ihrer Ueberzeugung handeln. Mitglieder, die gegen die Resolution handeln, müssen das Risiko auf sich selbst nehmen und können auf Unterstützung vom Bund nicht rechnen.“

Vorschriften macht diese Resolution nur in bezug auf die unter Verträgen arbeitenden Mitglieder, während alle anderen Mitglieder tun und lassen können, was sie wollen. Eine bestimmte klare Stellung hat der Kongreß somit zur Frage des Generalstreiks nicht eingenommen.

Im allgemeinen ergaben die Kongreßverhandlungen, daß der schwedische Arbeiterbund auf der Grundlage der Deutschen Gewerksvereine steht und eine partei- und kirchenpolitisch neutrale Organisation ist. Die Fäden für eine internationale, lose Vereinigung der Deutschen Gewerksvereine mit dem schwedischen Arbeiterbund sind durch unseren Kollegen Hartmann angeknüpft worden und werden wohl bald zu einem dauernden Bündnis führen.

Zum Verbandstage.

Im „Gewerksverein“ wirt Kollege Kortzen jun., Spandau, unserm Verbandsredakteur, Kollegen Goldschmidt, vor, das Verbandsorgan als Reklamemittel für sich und die freimittige Partei zu bemühen und zwar dadurch, daß er die Reden, welche er (Goldschmidt) im Abgeordnetenhaus für die ländlichen Arbeiter, für die Bergarbeiter oder für die Eisenbahner gehalten hat, im Verbandsorgan zum Abdruck bringt. Komische Auffassung! Nehmen wir z. B. die im Gewerksverein organisierten Eisenbahner an: für diese Kollegen ist ja die Rede das beste Agitationsmittel und lange Zeit vor der Veröffentlichung gingen schon zahlreiche Anfragen auf die betreffenden Exemplare bei unserm Ortsvereinsvorstande ein. Hat der Kollege Kortzen jun. Gelegenheit gehabt, in den Blättern der christlichen Gewerkschaftsrichtung zu lesen, wo da die Zertrümmerung, wenn sich diese mit Arbeiterfragen beschäftigen, wortgetreu wiedergegeben werden, um unter den Arbeitern für die Christlichen und das Zentrum Propaganda zu machen? Dann will ich noch stark bezweifeln, daß die verhältnismäßig leider noch geringe Auflage des „Gewerksverein“ eine Folge des Abdrucks der Reden wäre. Welcher vernünftige Mensch wird denn darin eine Beleidigung erblicken, daß unser Verbandsredakteur für die Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lage an solch kompetenter Stelle anstrebt? Ferner wollen wir uns doch einmal umhören, ob denn nach eine zweite Fraktionsgruppe den Ansprüchen unserer Organisation, sei es in wirtschaftlicher oder sei es in konfessionell neutraler Hinsicht, so entspricht als es gerade die Freimittigen tun. Sozialdemokraten sind wir nicht und wollen es auch nicht sein. Wir müssen uns daher an eine bürgerliche Partei wenden. Kann es da überhaupt eine andere Richtung geben, die uns näher stände als die entschiedene liberale Richtung? Die Organisation muß ihre politische Unabhängigkeit aufrechterhalten. Wird diese auch nur im geringsten dadurch berührt, daß die parlamentarischen Arbeitenden eines unserer ersten Führer im „Gewerksverein“ veröffentlicht werden? Der Gedanke schon ist geradezu lächerlich. Uebrigens dürfen wir doch wohl auch unserm verstorbenen Anwalt die Anerkennung, ein in politischer Hinsicht weitaussehender Mann gewesen zu sein, nicht verjagen, und auch er gehörte den Freimittigen an. Die Organisation soll parteipolitisch neutral bleiben, aber uns Mitglieder kann doch unmöglich zugemutet werden, Feinde unserer Gewerksvereine zu wählen. Und über die arbeiterfreundliche parlamentarische Tätigkeit unseres Redakteurs sollte sich jeder Gewerksvereiner freuen, auch derjenige, der nicht derselben Partei angehört, die unseren Redakteur ins Parlament geschickt hat. Betreffs der Zeitungsfrage findet der Verbandstag einen Antrag von uns vor.

Gerhard Böhm, Gleiwitz, D. S.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 9. April 1907.

Als die erste für den Verbandstag bestimmte größere Drucksache erschien, fanden die Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerksvereine für das Jahr 1906. Nach den Angaben der Ortsvereine zusammengestellt und bearbeitet von den Verbandssekretären Leonor Lewin und Franz Reuscher. Herausgeber ist der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine. Das Werk erscheint im Verlage des Verbandes.

Der erste Teil der Arbeitsstatistik enthält in

übersichtlicher Zusammenstellung die Angaben der Ortsvereine der dem Verbande angeschlossenen Gewerksvereine über die Löhne und Arbeitszeiten zunächst der Arbeiter und Handelsangestellten. Ihm schließen sich als zweiter Teil die Angaben über Löhne und Arbeitszeiten der Arbeiterinnen und Handlungsgehilfen an. Der dritte Teil enthält allgemeine Angaben über Nacht- und Sonntagsarbeit; Arbeitsordnungen, besonders Unfall- und Krankheitsversicherung und Strafgeleider; Kündigungs- und Lohnzahlungsfristen; Lohn-einbehaltung; Arbeiterausweise; Wohnungsverhältnisse; besonders Mietpreise; mittleres jährliches Einkommen und jährliche Ausgaben einer Familie u. a.

Jedem Ortsverein wird für die Bibliothek ein Exemplar der Arbeitsstatistik gratis zugesandt werden.

Hoffentlich findet die maßvolle und interessante Arbeit sowohl bei unseren Verbandsgrößen, wie auch in der gesamten Öffentlichkeit die wohlverdiente Beachtung.

Der nächste internationale Bergarbeiterkongreß soll am 13. September in Salzburg abgehalten werden. Für die Tagesordnung ist u. a. in Aussicht genommen eine Sympathieresolution für den internationalen Frieden, wobei beraten werden soll, wie sich die Bergarbeiter bei Ausbruch eines Krieges in bezug auf die Kohlenlieferung stellen. Das internationale Komitee hat auf Antrag der deutschen Vertreter beschlossen, namentlich auch die christlichen und die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine der Bergarbeiter zum internationalen Kongreß einzuladen. Ebenso soll auch die polnische Berufsvereinigung der Bergarbeiter eingeladen werden.

Die Mitwirkung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen an dem internationalen Bergarbeiterkongreß ist durchaus wünschenswert. Verlangt werden muß indes, daß der internationale Kongreß sich nicht in den Dienst einer bestimmten politischen Partei stellt. Die Angelegenheiten der Bergarbeiter wie der Arbeiter überhaupt, können nur dann wirksam gefördert werden, wenn sie sich frei halten von jeder parteipolitischen Einseitigkeit.

In gesundheitlichem Interesse der Feilenhauer hat das Reichsamt des Innern ein „Werkblatt“ herausgegeben.

In früheren Jahren wurde lediglich das weiße Blei als Unterlage beim Feilen der Feilen verwendet. Infolgedessen litten viele Feilenhauer an Bleierkrankung. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind schon seit geraumer Zeit bestrebt gewesen, die Feilenhauererkrankung zu beseitigen, in allen den Fällen, wo es aus technischen Gründen angeht, das Blei durch andere ungiftige Metalle zu ersetzen. Sie haben damit Erfolg gehabt. Nach den Erhebungen verwenden jetzt etwa drei Viertel der Feilenhauerereien entweder die weniger gefährlichen Bleizinnlegierungen oder Unterlagen aus Zinn oder Zink. Unterlagen aus reinem Blei werden nur noch in dem vierten Teile der Feilenhauerereien benutzt.

Die Zahl der Bleierkrankungen unter den Feilenhauern ist infolgedessen erheblich zurückgegangen. Von den etwa 7000 Arbeitern in Feilenhauerereien wurden im Durchschnitt der 4 Jahre von 1901 bis 1905 jährlich 30,5 = 0,43 vom Hundert bleikrank befunden, während beispielsweise nach den seinerzeit angefertigten Erhebungen von den Bleihüttenarbeitern 5,4 vom Hundert bleikrank waren.

Die Bleierkrankungsgefahr der Feilenhauer ist demnach zurzeit erheblich geringer, als vielfach angenommen worden ist. Da die Bleierkrankungen in Feilenhauerereien nur auf die Uebertragung durch die bleibeschmutzten Hände, nicht auf die Einatmung bleihaltigen Staubes zurückzuführen sind, so lassen sie sich durch ausreichende Sauberkeit der Feilenhauer fast ganz vermeiden. Infolgedessen und da das Blei für die Herstellung gewisser Arten von Feilen, zum Beispiel Raspeln, noch unentbehrlich ist, wurde von dem Erlaß einer Bundesratsverordnung, die die Verwendung von Blei zu Unterlagen beim Feilen der Feilen verbietet, Abstand genommen. Das geschieht auch deshalb, weil eine Uebertragung der Durchführung solcher Verordnung kaum durchführbar sein würde, da man den Unterlagen nicht antehen kann, ob sie Blei enthalten. Um dies festzustellen, würde es einer chemischen Untersuchung jeder einzelnen Unterlage bedürfen.

Dagegen sollen die Feilenhauer durch ein im Auftrage des Reichsamts des Innern vom Kaiserlichen Gesundheitsamte bearbeitetes und herausgegebenes Werkblatt auf die ihnen drohende Bleierkrankungsgefahr und auf die zu ihrem Schutze notwendigen Sauberkeit aufmerksam gemacht werden. Abzüge dieses Werkblattes werden vom Kaiserlichen Gesundheitsamte unentgeltlich abgegeben. Auch ist der Abdruck des Werkblattes in Zeitungen, Zeitschriften, Büchern usw. sowie die Herstellung von be-

sonderen Abdrücken unter Angabe der Quelle nicht nur gestattet, sondern erwünscht. Die Bundesregierungen sind ersucht worden, für möglichst Verbreitung des Merkblattes unter den Zeilenbauern Sorge zu tragen.

Arbeiterbewegung. Der Kampf in der Holzindustrie dauert unverändert fort; auch in Leipzig ist die Aussperrung erfolgt. — Ebenfalls ist in der Bewegung der Herrenmachschneider eine Aenderung zu bezugeln. Nach den Angaben der Unternehmerorganisationen soll die Zahl der ausgesperrten Schneidergesellen 17—18 000 betragen. — Erste Differenzen sind bei der Firma Seidel & Raumann in Dresden ausgebrochen. Wegen fortgesetzter Lohnabfälle und Nachregelung organisierter Arbeiter haben die dort beschäftigten Metallarbeiter den Streik beschlossen, an dem rund 2000 Personen beteiligt sind. — Die Schiffswerft von Rickmers in Wilhelmshaven will laut Anschlag am heutigen Dienstag ihren Betrieb schließen, wenn bis dahin nicht die Differenzen bei der Aktiengesellschaft „Meier“ beigelegt sind. — Nach 18wöchigem Streik sind die Forderungen der bei der Firma Dom beschäftigten Metallarbeiter in Offenbach durch Abschluß eines Tarifvertrages bewilligt worden. — Wegen Ablehnung geringfügiger Lohnforderungen haben in Järnenswalde die Walzergesellen die Arbeit niedergelegt. — Den Gasarbeitern in Straßburg wurde nach kurzer Lohnbewegung ein Tarif bewilligt, der ihnen eine Aufbesserung der Löhne, Abregulierung der Lohnzahlung, Einföhrung eines antiproportionalen hervorgehenden Arbeiteraufstufens und andere Verbesserungen gewährleistet. — Zur Lohnbewegung im Berliner Hädergewerbe ist zu melden, daß den in Betracht kommenden Innungen von Groß-Berlin die Forderungen der Gesellen zugestimmt sind. Bis zum 9. April werden die Antworten erwartet, und dann soll die Entscheidung über die weiteren Schritte getroffen werden. — Die streikenden Speicherearbeiter in Berlin haben infolgedessen schon einen Erfolg errungen, als in mehreren größeren Betrieben eine Einigung erzielt worden ist. — Einen keinen Erfolg haben auch die Landwirtschafsgärtner von Berlin und Umgegend gehabt, weil eine fastliche Zahl von Betrieben die eingereichten Forderungen bewilligt hat. — Um die im Berliner Steinselegergewerbe stehenden Differenzen, die auch durch Verhandlungen der Schlichtungskommission nicht haben beigelegt werden können, endgültig aus der Welt zu schaffen, haben die Parteien beschlossen, das Einigungsamt des Berliner Gewerbebezirks anzurufen, welches sobald nach den Bestimmungen des alten Tarifs einen Schiedsspruch fällen wird, dem sich die Parteien zu unterwerfen haben. — In Altenburg sind sämtliche Bauarbeiter, die mit der Fortsetzung der Ergrüßung der Vöhne und Fortsetzung der Arbeitszeit an die Unternehmer herantreten waren, aussperrt worden, nachdem die Zimmerer und Bauhilfsarbeiter die Zugeständnisse der Arbeitgeber angenommen, die Maurer dieselben aber als unzulänglich abgelehnt hatten. — Im Streik der Leitergeräthbauer in Berlin beharren die Unternehmer auf ihrem schon abweisenden Standpunkte. Sie lehnen die Verhandlungen mit der Organisation entschieden ab und verlangen die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. — Die Dachbeder von Berlin, die seit längerer Zeit in einer Lohnbewegung stehen, auf Anraten der Verhandlungskommission über den entscheidenden Schritten einweisen noch Abstand genommen hatten, sind bei einzelnen Firmen in den Streik getreten.

In Argentinien ist ein ausgedehnter Streik der Bahnangestellten ausgebrochen. Die Stationsvorsteher und das Bahnpersonal, einschließlich der Mechaniker und Monteure, sind in den Ausstand getreten, und die Telegraphenbedienten haben sich ihnen angeschlossen. Letztere verlangen eine Gehaltsaufbesserung von 45 pCt., die Bahnangestellten 30 pCt. und den 8ständigen Arbeiterstag. — In Wien ist der Ausstand der Bädereisellen nach mehrwöchentlichem Dauer beendet, nachdem die Meister den neuen Tarif anerkannt haben. — Weniger erfolgreich war der Streik der Herrenschneider in Wien, die, ohne wesentliche Vorteile erzielt zu haben, beschlossen, am heutigen Dienstag die Arbeit wieder aufzunehmen. — In Reichenbach in Böhmen haben die Tuchindustriellen beschlossen, außer den Webern nun auch alle übrigen Arbeiterkategorien auszusperrten. Die Zahl der Aussperrten wird dadurch um etwa 5000 vermehrt.

Die Verhinderung Streikbrecher eine Forderung. Während des Streiks der Arbeiter der Gummi-Raum-Kampagne in Hannover haben 10 ältere Arbeiter, die Mitglieder der Untersuchungskommission der Arbeit wieder aufgenommen. In einer Versammlung der genannten Untersuchungskommission wurden diese 10 Mitglieder ausgeschlossen. Der Vorsitzende, Arbeiter Wilhelm B., erklärte vor Eintritt in die Versammlung: Er fordere die Streikbrecher auf, die Versammlung zu verlassen. Die drei anwesenden Arbeiter

A., St. und Br. hatten Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Der Angeklagte B. berief sich auf die Wahrnehmung berechtigter Interessen und betonte, daß die genannten Zeugen ja wirklich streikbrüchig geworden waren. Das Schöffengericht Hannover sprach ihm, wie das „V. T.“ mitteilen weiß, indes die Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht zu, und betonte, daß der Angeklagte sich hätte anders ausdrücken können, und daß der Ausdruck Streikbrecher stets beleidigend sei. Es erkannte auf 20 Mk. Geldstrafe und auf Publikationsbefugnis.

Eine ebenso ernste wie lustige Geschichte hat sich in Nordhausen zugetragen. Hauptsächlich leidet wenigstens der Ruhm des „alten Nordhäuser“ nicht darunter, daß die sozialdemokratische Intelligenz einer hochmütigen Pressemiffion die Redaktion der sozialdemokratischen „Vollzeitung“ bergewaltigte. Am 28. März veröffentlichte das Blatt an seine Spitze folgenden Klagen:

„An unsere Leser!
Eine Vergewaltigung der Meinungsfreiheit verbannt unsere Leser einer Aenderung in der Redaktion der „Vollzeitung“. Weil die Redaktion bezüglich des laufenden Romans den vereinzelten geachteten Blättern nicht sofort nachkommen konnte und es uns ablehnen mußte, ein so hervorragendes Kunstwerk, wie es der Roman nach dem Urteil aller Literaturkenner ist, durch umfangreiche Streichungen zu vermindern, verfiel sie darauf, die Delegiertenkongress der Pressemiffion, und Vorstand der Partei auf Antrag der Pressemiffion der Redaktion das Verfügnngsrecht über den Roman und den Raum des Blattes zu entreißen und es Herrn Schultes zu übertragen.
Wir geben dieses in der Parteipresse beifolgende Vergehen der Öffentlichkeit preis, da ein anderer Weg, um gegen solche Ueberrumpelungen zu schützen, abgelehnt ist. Hoffentlich werden die Parteigenossen nunmehr Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß die vitalsten Parteigrundzüge brutal zu Boden getreten werden.
Die Redaktion der „Vollzeitung“.
Es handelt sich um Romanis berühmtes Werk „Die Verlobten“. Diese Rolle war für die literaturkundigen „Gnossen“ wohl etwas zu schwer. Die lustige Geschichte erinnert an die Palastrevolution im „Vorwärts“, die damit endete, daß die ganze Redaktion abgesetzt wurde, was der Sozialdemokratie eine gründliche Blamage zufügte.“

Der **Lehrer Otto Hoffmann** wurde wegen Hausfriedensbruchs zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Hoffmann agitierte in 22 sächsischen Wahlkreisen, den er in der letzten Periode im Reichstage vertreten hatte, für seine Wiederwahl. Diese Agitation dehnte er auch auf eine Ungenheißliste aus, in die er ohne Erlaubnis der Direktion eintrug, um unter den Patienten in den Pflanzhäusern für seine Kandidatur zu werben. Die Direktion stellte gegen Hoffmann Strafantrag und das Schöffengericht zu Auerbach erklärte Hoffmann des Hausfriedensbruchs für schuldig und verurteilte ihn zu der genannten Strafe. Hoffmann einschuldigte sich damit, daß er auf ausdrücklichen Wunsch einiger Anstaltsinsassen in die Ungenheißliste gekommen sei, um ihnen Ratsschläge zur Wahrung ihres Wahlrechts zu erteilen. Das Gericht ging von der Auffassung aus, daß die Heilanstalten aus Heilanstalten und Krankenhäuser unzulässig ausgedehnt werden darf.

In der Bevölkerung hat jene Art der Agitation jedenfalls einen sehr schädlichen Eindruck gemacht, denn Hoffmann unterlag bei der Wahl.

In einem Leitartikel „Idealismus und Selbsthätigkeit“, leitet sich das Organ der revolutionären Vereinigung der Handehilfsarbeiter u. folgende wörtlich wiedergegebenen Sätze:

Nur von ganz physiologischem Gesichtspunkte aus gewertet kann das Bestreben und Verlangen, etwas zu schaffen und zu wirken, nicht zu ermüden, für eine der ganzen Menschheit sittliche Idee, mit ganzer Persönlichkeit einzutreten und zu kämpfen. Der Kampf jedes einzelnen Individuums, ja ganzer Nation liegt in dem Interesse, das Individuum, die Kräfte, den Kampf um Dasein, sich zu behaupten und am Ringen des Lebens zu erhalten. Kein Mensch würde sich jemals um eine Weltanerkennung des Sozialismus, des Anarchismus, eine Anzahl reinen Menschentums, Humanität und Freiheit dreier Schichten der Bevölkerung gekümmert haben, wenn nicht der Gedanke der Selbsthätigkeit, der Idealismus, dazu beigetragen hätte, ein heiliges Herz, einen heiligen Kopf, einen gesunden Menschenverstand zu schaffen, hervorzurufen.

Das „heilige Herz“ scheint den Handehilfsarbeiter ganz und gar um den „heiligen Kopf“ und den „gesunden Menschenverstand“ gebracht zu haben. Wenn der „Kopf“ wieder klar geworden, wird der „gesunde Menschenverstand“ staunend sehen, was er für eine Konfusion „hervorzurufen“ vermocht hat.

Gewerksvereins-Zeit.
§ Gewerksverein (Brauer-Berlin 1889). Mit welchen Mitteln der Zentralverband deutscher Brauerarbeiter kämpfen mag, um seine Mitglieder in dem Wahne zu er-

halten, daß dort ihre Interessen vertreten werden, zeigen zwei Berichte über die am 27. Januar stattgehabene Generalversammlung der hiesigen Zahlreiche abgegangene Brauerbunde, Section I, Brauer. Da heißt es wörtlich in dem ersten der beiden Berichte, erschienen ist, wie folgt: Die Schiedsgerichts- sowie Kuratoriumsmitglieder sind ja meist zu unseren Gunsten ausgesfallen. Wenn der Bundesgewerksvereinsvertreter nicht immer mit den Arbeitgebern gekümmert hätte, wären noch andere Resultate erzielt worden. Der jetzt abgeschlossene Tarif hat ja einen Passus erhalten, wonach wir das Recht haben, den Bundesgewerksvereinsvertreter abzulehnen. Es hätte dieses Paragraphen nicht bedurft, wenn die Bundesgewerksvereinsvertreter nichterrat an ihren eigenen Mitglieder grüßt hätten, wie und der Fall Wankel be- weisen hat. Selbiger war in den Verhandlungen, daß er Mitglied des Verbandes geworden ist, und so stimmte der Vertreter gegen ihn, trotzdem Wankel ohne Grund entlassen war, denn die Gründe, die man von der Hausbrauerei ins Feld führte, waren nicht haltbar eine Entlassung zu rechtfertigen.“

Man macht also unseren Vertreter den Vorwurf, unangenehm der Arbeiter mit den Arbeitgebern gekümmert zu haben. Die Mitglieder des Hamburger Brauervereins sind jedenfalls der Meinung, daß ihr Vertreter nur so gebandelt hat, wie er es mit seinem Vertriebsstellengefühl vereinbaren konnte, denn sie verlangen von ihrem Vertreter keine Rechtsbeugung zu Gunsten eines Einzelnen, sondern nur aufrechter Rechtsgrundlage stehende Schiedsprüche. Wenn weiter der Verhandlern das Recht zusteht, einen Richter, nicht wie der Herr Berichtshalter in seinem von Wahrheit strengenden Bericht sagt, Bundesgewerksvereins, als befangen abzulehnen, so hat er in seinem heiligen Eifer ganz vergessen, daß auch unsern Bundesmitgliedern daselbst Recht zusteht, nämlich Zentralverbandler als befangen abzulehnen.

Den Beweis alles dieses Dagewesenen in puncto Verleumdung erreicht der wahrheitsliebende Herr Berichtler in seinem Bericht über den Fall Wankel. In dieser Sache hatte eine Verhandlung des Schiedsgerichts überhaupt noch nicht stattgefunden, die Sache war vielmehr nur in der aus zwei Personen bestehenden ersten Instanz des Schiedsgerichts erledigt und diese hatte die Entlassung des R. für berechtigt erklärt. Die erste Instanz wird aus einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer gebildet, Vertreter der Arbeitnehmer ist der Vertreter der Section I des Zentralverbandes. In einer wenig Tage nach Erscheinen jenes Berichtes stattgefundenen Kuratoriumssitzung, welche sich unter anderem auch mit diesem famosen Bericht beschäftigte, mußte der Vertreter der Section I denn auch die falsche Berichtserstattung angeben und entschuldigte sich damit, daß er das Protokoll vor dem Einsenden nicht gelesen habe und der Schriftführer habe wohl die ganze Sache etwas mehr „ausgeschmückt“.

Derselbe Herr ist erschienen auch in Nr. 8 der „Brauerarbeiter Zeitung“, nur spricht man hier nicht von Verrat, sondern von Unrecht, vor welchem der Vertreter der Section I die Bundesmitglieder beschützen müsse. Na, wer sich auf den Schuß so wahrheitsliebender Menschen verläßt, der ist verlassen, dem ist nicht mehr zu helfen. Der Fall R. wurde am 6. März verhandelt, genau 4 Wochen nach Erscheinen des verleumderten Berichtes, hierbei stellte sich bei Gegenüberstellung der beiderseitigen Aussagen ebenfalls heraus, daß die Gründe, die zur Entlassung des R. geführt hatten, sehr triftige waren, und rief deshalb der unparteiische Verhandlungsleiter dem R., die Beschwärde zurückzugeben, was derselbe auch tat. In Anbetracht der Notlage wurden ihm aber 50 Mk. aus der Unterstützungskasse des Arbeiternachweises bewilligt. Dies der wahre Sachverhalt und nun überlasse ich es jedem Kollegen selbst, sich ein Urteil über die Wahrheitsliebe jener „Arbeiter-Vertreter“ zu bilden. 34 Sätze für diesmal mit dem Motto:

Wer die Wahrheit kennt und sagt sie nicht,
Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht.
Richard Williger, 1. Vorsitzender
des Hamburger Brauer-Vereins v. 1889 (G. B.).

§ **Reifenlaunern.** Ein Jar im Kleinen. Auf den Höhen des Hundsrück spielt sich ein heiter Kampf ab zwischen den Hüttenwerksbesitzern Gebrüder Wandersleben und ihren Arbeitern. Die in der Strombrücker Hütte auf dem Hundsrück beschäftigt gewesenen Gewerksvereiner sind von der Firma ausgesperrt worden. Und warum? Weil sie von ihrem gesetzlichen Recht, einer Organisation beizutreten, Gebrauch gemacht haben. Die Wandersleben nehmen für sich das Recht der Organisationen in Anspruch, ihre Arbeiter aber werden sie um der Organisation willen auf Bläse! Die Arbeiterschaft ist ungewöhnlich solide, das beweist die Ereignisse. Niemand haben sie von dem Recht des Streiks Gebrauch gemacht, obgleich gar viele Dinge zum Himmel schrien. Der Wille des „Ordn“, der den Hundsrück beherrscht, war ihr höchstes Gesetz, gegen das es keine Auflehnung gab. Die Wandersleben herrschen auf dem ganzen Hundsrück. Der an der einen Ecke es nicht mehr ertragen konnte, fand an der anderen verschlossene Türen. Wer sich auflehnte, mußte damit rechnen, daß er für immer den Stand des Hundsrücks von seinen Pantoffeln schüttelte. Was an industriellen Unternehmungen zwischen Strombrücker-Neuhütte und Langenlohndehm oder Hingerbrück auf dem Hundsrück vorhanden ist, gehört zum größten Teil zum Besitz der Gebrüder Wandersleben. Die starke Abhängigkeit hat die Energie der Arbeiter gelähmt. Stöhnend, oft schon im 40. Lebensjahre sind sie hüttenfertig. 13—14 Stunden lang arbeiten sie in der Hütte und erhalten dafür überaus niedrige Löhne. Spottweise nennt man die Hütte der Herren Wandersleben ein „Erholungsheim“. Wer den Jussen dieses „Erholungsheimes“ begehrt, der sieht es ihnen an, wie sehr sie unter der schweren Arbeit und der schlechten Ernährung zu leiden haben. Selbst bei den besten, die in der Hütte ihres Lebens leben, sieht die sonst diesem Alter eigene frische Gesichtsfarbe. Die Älteren Leute aber sehen auch nicht aus, als ob sie für ihre Arbeit einen ausreichenden Lohn bekämen. Auf die Lohnverhältnisse kommen wir noch in einem besonderen Artikel zurück. Die Verhandlung ist

nicht minder schlecht. Es herrscht eine Antreiberei, wie sie in diesem Umfange wohl kaum noch anderswo vorkommt. Die Arbeiter werden von ihrem Herrn mit „Du“ angeredet. Alles ist ihm demüthig, weil es etwas trübselig klingt, wenn der Herr zum Arbeiter sagt: Ich trete dir in den Fuß, als wenn man hierbei das Wörtchen „Sie“ anwenden wollte. Als einmal ein Redner über die Kleiderreinigung sprach, ließ ein Versammlungsbelehrender am anderen Ende des Saals das Kleiderstück sein doch nicht für die Arbeiter, sondern nur für die Beamten. Als einmal ein Arbeiter einen „Einkauf“ getrunken hatte, war darüber die Erregung groß. Der Redner bemerkte, daß es dabei doch kein Wunder sei, wenn der Lohn nicht ausreicht, wenn die Arbeiter nicht einen gewöhnlichen Schnaps trinken wollen. Die Arbeiter haben sich organisiert, wie es der Unternehmer auch getan hat. Gelehrter Wanderleben gehören dem Ring an, um die Preise für ihre Waren in die Höhe zu treiben. So wollten auch die Arbeiter einen Einfluß gewinnen auf den Arbeitslohn. Unser Bezirksleiter behält in einer Versammlung über das Recht der Arbeiter einer Organisation beizutreten und über den Wert der Organisation aufklärung gab, da waren die Arbeiter nicht mehr zweifelhaft, daß sie nur ihr Recht ausüben, wenn sie dem Gewerksverein beitreten. Die friedliche Meinung sollte nach wie vor zum Ausdruck kommen. Durch die Organisation wollten sie mit Gelehrter Wanderleben über eine allmähliche Verbesserung ihrer Verhältnisse gehen. Es erging ihnen wie den Russen, die mit einem Weibchen an der Spitze zum Jaren gehen wollten, um ihm ihre Verhältnisse vorzutragen. Zwar wurden sie nicht niedergeknallt, aber sie wurden nicht mit geringerer Rücksicht behandelt. Der feudale Fabrikant, der durch Generationen unumschränkt in betrieblen gewohnt war, schickte die auf dem Boden des Rechts stehenden Arbeiter in die Verbannung, war nicht nach Sibirien, aber doch hinaus auf dem Arbeitsverhältnis, auf daß sie durch den Hunger getrieben würden, wie bisher so auch in Zukunft zu erwarten. Nicht wahr der Herr Fabrikant daran, daß die Arbeiter im Schwelge ihres Angehens für ihn den Profit machen halfen. Herr Wanderleben ist eine national-liberale Partei ist theoretisch für das Realitätsrecht. Ein National-liberaler aber wie Herr Wanderleben kümmert sich indes um diese Theorie nicht! Reibheit war er bei der Reichstagswahl in der Agitation tätig. Sein jetziges Verhalten vertritt sich ganz und gar nicht mit seiner politischen Stellung. Die National-liberalen haben ihren Willen von der Partei abgeköpft. Was Herr Wanderleben ist, national-liberale Partei nun auch Herr Wanderleben das gleiche Schicksal zuteil werden lassen. Eine Antwort wäre hierauf bringen erwünscht. Herr Wanderleben lehnt jeden Versuch zur friedlichen Beilegung des Streites ab, weil er auf dem Standpunkte steht: die Arbeiterschaft hat sich zu fügen! Er ist der Herr! Sie haben den Herrn Fabrikanteninspektor von Koblenz um Vermittlung angerufen. 3 Wochen sind darüber inzwischen vergangen, aber noch fehlt es an jeder Antwort. Die Arbeiter sind entschlossen, im Kampfe um ihr bürger-

liches Recht anzuhalten, mag es dauern so lange es will! Der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter steht hinter den Ausgesprochenen und wird sie stützen bis es verfallen. Durch Inertrast sucht die Firma Streikbrecher. Wir haben wohl kaum nötig, vor Jugung zu warnen, weil wir annehmen, daß ein Handwerker sich kaum in jene Hölle verläßt.

Stettin (Ortsverband). Wir haben nicht viel von uns reden, arbeiten aber fleißig und haben die Freude, daß unsere Sache stetig vorwärtschreitet. Am 1. Osterfeiertag hielt der Norddeutsche Ausbreitungsgesellschaft bei Engelle in St. Graben seinen Delegierten-tag ab. Das veranloßte den Ortsverband, den Delegierten eine Feier zu bereiten. Diese Feier war verbunden mit dem 34. Stiftungsfest des Ortsverbandes. Fräulein Hempel sprach den Prolog in würdevoller Weise. Der Vorsitzende des Ortsverbandes, Kollege Luid, hielt eine von Herzen kommende und in den Herzen der Hörer lebhaften Widerhall findende Rede. Die Rede betonte die Bedeutung der Gewerksvereine und die Heiligkeit ihres Strebens. Die treffliche Rede, die auch den verstorbenen Begründer der Deutschen Gewerksvereine, Dr. Max Hirsch, würdigte, schloß: „Darum auf, Betriebsgenossen und Genossen! Das heutige Stättlingerwerden soll uns einflammen zu neuen Taten. Mit wack hat man uns bisher belächelt? Man hat sich der Bäume, der Berläumdungen, der Abrechnungen, der Interlikts uns gegenüber bedient. Unsere Waffen sind die Wahrheit, Ehrlichkeit und Treue! Jeder Verbandsgenosse stelle sich auf den rechten Platz und halte Wache und verteidige unser Ziel und erwerbe neuen Boden, dann wird unser Kampf um Erfolg gekrönt sein. Man hat sich alle, die uns haßen, ihre Wege suchen. Esfen wir alle, die uns fernstehen, in unsere Reihen aufnehmen, damit wir sie hinaufführen auf die Höhe der Gleichberechtigung mit allen Klassen der menschlichen Gesellschaft. Darum weg, Genossen und Genossinnen, mit allem Hiren, Streik und Willkürlichkeiten, dann wird unser Hiren und Streben von Erfolg gekrönt sein. Trete in d. Bahn der Gewerksvereine und kämpf für diese bis zum letzten Atemzug.“

Alsdann war von dem Kollegen Deufert ein Theaterstück inszeniert worden. Daselbe floppete sehr gut und brachte den Beteiligten den üblichen Vorber in Form eines großen Beifalles. An dieser Stelle nochmals besten Dank. Am 12. Uhr trat nach dem Langvergnügen in seine Rechte, welches die sehr große Zahl der Erstgenannten bis zu früher Morgenstunde in schönster Harmonie zusammenhielt. Mögen alle unsere ferneren Unternehmungen von solchen Erfolgen gekrönt sein. Wir werden es an dem nötigen Ansporn nicht fehlen lassen.

Karl Müller, Ortsverbandsfretär.

NO., Greifswalderstraße 221/222. — Mittwoch, 10. April, Vortrag des Kollegen Ritz: Ueber den heutzutage den Berbandsbtag. Gäste willkommen. — **Sängerchor des Deutschen Gewerksvereins (S.-V.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Sonnabend, 13. April, abends 8-10 Uhr, Zahlabend bei Schmied, Brunnenstr. 119 und Polzin, Gerichtstr. 79. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Sonnabend, 13. April, abends 8-10 Uhr, Zahlabend im Vereinslokal. Am 21. April, morgens 9 Uhr, Bezirkskonferenz der Vertrauensmänner Noabits. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII.** Sonnabend, 13. April, abends 8-11 Uhr, Stichtwahl zum Verbandstage im Verbandshaus, Greifswalderstr. 221/222. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Sonnabend, 13. April, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung des Pacific, Brunnenstraße 41. E.-D.: Abrechnung vom Rosenkaval. Parteiparte am 9. Mal. Stichtwahl zum Verbandstage.

Orts- und Bezirksverbände.

Ronne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hill, Schulte-Wattler, Distrikthaus. — **Köthen (Distriktsverband).** Jeden Sonnabend 9 Uhr, Sitzung bei Wolber, „Zagerhof“. — **Stettin, Norddeutsches Ausbreitungsgesellschaft.** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr, Distriktsabend im Lokal Engelle, Schifferstraße 9a. Gäste willkommen. — **Samburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr präz. in Hüttenmanns Hotel, Wollstraße, Distrikthaus. — **Brandenburg (Ortsverband).** Sonnabend, 13. April, im Gymnasium. — **Härswalder (Ortsverband).** Sonnabend, 13. April, abends 8 Uhr, Ortsverbandversammlung bei Bauh (Zah. Richter), Raristr. oberer Saal. Um rege Beteiligung wird ersucht. — **Wahlheim a. Rh. und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 14. April, nachm. 4 Uhr, im Restaurant Ring, Ralf, Hauptstraße, Ortsverbandversammlung. — **Wahlheim-Walder (Ortsverband).** Sonntag, 14. April, vorm. 10 Uhr, kombinierte Ortsverbandversammlung sämtlicher Ortsverbände angegeschlossen Vereine und Vertreterung bei G. Badermann, Köpstr.

Literatur.

Christliche Gewerkschaften und evangelische Arbeiter. Unter diesem Titel erschien schon eine Schrift, in welcher sich Ferdinand Appel, Mitglied des evangelischen Arbeitervereins Düssel-dorf-Dorndorf, mit der Frage beschäftigte, ob die christlichen Gewerkschaften interprofessionell sind und evangelische Arbeiter ihnen angehören können. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, beide Fragen verneinen zu müssen. Die kleine Schrift ist im Verlage der Deutschen Verlagsanstalt in Düsseldorf erschienen und kostet 15 Pf.

Verbands-Teil.

Berlin. Versammlungen.
Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerksvereine (S.-V.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine.

Anzeigen-Teil.

Dankagung!

Aus Anlaß des Hinscheidens meines treuen, unvergeßlichen Mannes sind mir seitens des Zentralrats und der anderen Gewerksvereine so zahlreiche Beweise herzlichsten Mitgeföhles zuteil geworden, daß es mir unmöglich ist, Allen einzeln meinen tief empfundenen Dank abzusprechen. Ich kann versichern, daß die rege Anteilnahme an dem Geschehnen des Verlebten mit in meinem tiefen Seide ein rechter Trost war, und danke ich Allen lieben Fremden recht herzlich.

Berlin, 3. April 1907.

Emma Göbe, geb. Hayes.

Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine.
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/22.

Verbands-genossen!

Allen nach Berlin kommenden Verbands-genossen empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierkammer zur geföhlichen Benutzung bei mäßigen Preisen. Meldungen bis Abends 10 Uhr beim Hauswart Büchner, Durchgehäude.

Das Bureau des Zentralrats.

Medizinalverband Berlin und Vororte.

Im Herbstverzechnis ist Dr. Eilmann, Ariebrandt zu finden. An dessen Stelle tritt Dr. Eiser, Ariebrandt, Mittelstr. 39.

Mitteln a. Mahr (Ortsverband). Durchsichtige Kataloge erhalten Radlogis und Frühstück. Besprechungstermin beim Schneidermeister G. Roth, Eppinghofstraße 129a.

Kanzen. Durchsichtige etc. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei Karigath, Bebelstr. 1.

Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine.

„Union“-Festfäle

Jeden Donnerstag:
Sork'sche Sängler.

Anfang: 8 Uhr.
— Eintritt 20 Pf. —
Nach der Vorstellung:
„Familienkranzchen.“

Der schönste Auszug ist nach **„Restaurant Wendenhof“** unter den Flagelgen, an der Dähme und dem Bangen See gelegen. Für Vereine, Verbände, Gesellschaften, Klubs, Familien und Schüler angenehmer Aufenthalt, schönster, blühender Garten, 4000 Stühle, 2 große Bure, 1 kleiner Saal, Glasplatten, 2 Regelbahnen, Ausspannung, Belüftungen!

Halte mich den Vereinen bestens empfohlen!

E. Friedrich.
Zersprecher: Amt Köpenick 67.

Tischlergesellen

bei hohem Verdienst (Alford) auf Röhrenmodell verlangt

Kranke, Greifswalderstr. 140/141.

Haarstr!

Am 6. April verschied nach langem schwerem Leiden unser weiter Kollege, der Steinbildhauer

Max Zimmermann

im 38. Jahre seines Lebens. Der leider allzu früh von uns geschiedene Freund war einer der thätigsten Mitarbeiter im Ortsverband. Wir werden seiner basend in Ehren gedenken.

Der Vorstand
d. Ortsverbandes Zoran.

Künstlerische Ausführung. — Billigste Preise in *** Vereinsfahnen ***

Chäpen, Fahnenbinden, Vereinsabzeichen, etc.

Carl Hoff's Fahnenfabrik, Kunststickererei
Biberach (Württhg.) Waldseerstr. 16.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

Berkschrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Gahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.

Zeitsfaden zum Gewerbegerichtsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pf.

Begleitefcher durch die Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.

Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pf.

Geschichte der Deutschen Gewerksvereine von Karl Goldschmidt. Preis 80 Pf.

Ausführliches Bild des Verbandsbureauwais Dr. Max Hirsch 160x280 mm. Preis 50 Pf.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. — Beftchrift zum 25. jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duander) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.

Wirtschaststheorie von Dr. G. S. Huch. Preis 80 Pf.

Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von E. Winter. Berlin und S. Berndt-Dresden. Gratis.

Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt. Berlin und Johann Dornblith. Bromberg. Gratis.

Zeitverträge und Realitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Gahn-Burg und J. D. Käfer. Nürnberg. Gratis.

Mäher zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdebeschritten im Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pf.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Geldsendungen sind immer zu richten an das Verbandsbureau Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/22.

Das Bureau des Zentralrats
Rudolf Klein.